Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 84 (2004)
Heft: 11

Rubrik: Dossier : Weltwirtschaft ohne Weltregierung

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

(1) Nicht schlechter wird es, sondern besser
(2) Smith liegt richtig, Ricardo liegt falsch
(3) Globalisierung ohne Sicherheit
(4) Die Ideologie der Altermondialisten
(5) Mythendämmerung

Weltwirtschaft ohne Weltregierung

Globalisierung wird sehr häufig mit einer schädlichen «Entfesselung der Marktkräfte» gleichgesetzt. Bei einer längerfristigen und grundsätzlichen Betrachtungsweise ist es aber gerade diese Entfesselung, die weltweit die Armen reicher macht. Die Frage, ob eine globalisierte Wirtschaft nicht letztlich auf einen Weltstaat angewiesen wäre, wird immer wieder aufgeworfen. Der autarke «geschlossene Handelsstaat», mit seiner Übereinstimmung von politischen und wirtschaftlichen Räumen, war ein Postulat der romantischen Nationalisten, und Kolonialismus und Imperialismus waren verhängnisvolle Versuche, grössere, interkontinentale Wirtschaftsräume mit militärischen und politischen Mitteln in den Bannkreis des Nationalstaats zu zwingen. Der Imperialismus erlebt, seit es nur noch eine Weltmacht gibt, sogar wieder eine Renaissance, die der Idee des Freihandels und des Weltfriedens unter gleichberechtigten Staaten nicht durchwegs gut bekommt.

Die Antiglobalisten, die sich heute auch Altermondialisten nennen, favorisieren kleine und kleinste politische Systeme, fordern aber dafür eine ökonomische Weltinstanz, die das Welterbe an natürlichen Ressourcen verwalten soll. Damit würde auf globaler Ebene jenes System der Zentralverwaltung wiederholt, das im 20. Jahrhundert auf nationaler ebenso wie auf sowjetimperialer Ebene gründlich gescheitert ist. Die von den angelsächsischen Liberalen entwickelte Idee einer grundsätzlichen – auch räumlichen – Trennung von Politik und Wirtschaft und eines friedlichen Wettbewerbs überlappender und vertraglich verbundener Subsysteme hat grössere Chancen, die Probleme einer vielfältig vernetzten und aufeinander angewiesenen offenen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts zu bewältigen.

Es kann allerdings nicht bestritten werden, dass die nationalstaatliche Deregulierung des Welthandels, die man auch Globalisierung nennt, die Ungleichheiten zwischen reichen und armen Ländern zum Teil auch verschärft hat. Nur: Ist eine Rückkehr zur Regulierung, ist eine Reregulierung oder Umregulierung, eine Aufteilung der Welt in Blöcke, ein gangbarer Weg, um das Problem der angeblich ungebremst zunehmenden Ungleichheit zu lösen? Wird das Problem dadurch nicht viel eher institutionalisiert und verewigt?

Es gibt viele Hinweise darauf, dass die Versuche, «arm» und «reich» durch Umverteilung anzugleichen zwar gut gemeint sind, schliesslich aber in einer Reduktion und Lähmung der wirtschaftlichen Produktivität enden, unter denen alle, und speziell die Ärmsten, zu leiden haben. Jede Form von Unterstützung und Hilfe, die das Element der Gegenseitigkeit ausklammert, ist – auch wenn die Motive altruistisch sind – eine Art von Ausgrenzung. Die Forderung der

Deregulierung ist nicht einfach von den Industriestaaten oder von reichen Unternehmern erhoben worden, die für sich selbst mehr Gewinne wollten, sondern von den Staaten ausserhalb der OECD und auch von Fachleuten, die zur Einsicht gekommen waren, dass die Regulierung, vor allem im Bereich der Umverteilung nach dem Prinzip «den Reichen wegnehmen und den Armen geben» jene Ziele nicht erreicht, die sie den Ärmeren verspricht. Die Produktivität sinkt als Ganzes, und der Kuchen, den es zu verteilen, bzw. umzuverteilen gibt, wird kleiner.

Wer nur die zunehmende Ungleichheit beobachtet und misst, verkennt einige wesentliche Zusammenhänge, die sich bei einer Deregulierung auch zugunsten der Ärmeren auswirken. Gerade die Ärmsten haben auf offenen Märkten eine reelle Chance, aus der Armutsspirale auszubrechen und teilzunehmen an der weltweiten, durch Technologie und Arbeitsteilung bewirkten Produktivitätssteigerung.

Im 19. Jahrhundert wurde vom einflussreichen deutschen Ökonomen Friedrich List allerdings die These vertreten, ärmere Länder bräuchten über längere Zeit eine Abschirmung vom Weltmarkt, um schliesslich für den offenen globalen Wettbewerb gerüstet zu sein. Diese verhängnisvolle Fehleinschätzung hat immer noch ihre Anhänger, obwohl sie schon damals praktisch widerlegt worden ist. An vorderster Front engagierten sich schon in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts Richard Cobden und John Bright für die Gegenposition: den konsequenten Freihandel. Detmar Doering hat in seiner kleinen Schrift «Mythos Manchestertum» (Potsdam 2004) den vor allem in Deutschland und in der Schweiz negativ gefärbten Begriff rehabilitiert. Die 1839 in Manchester gegründete Freihandelsvereinigung engagierte sich gegen jede Form des nationalen und internationalen Interventionismus. Dies stand im krassen Widerspruch zum vorherrschenden nationalistischen und imperialistischen Zeitgeist. Die Manchesterliberalen waren alles andere als Befürworter der rücksichtslosen Ausbeutung. Sie kämpften mit Erfolg für die Beseitigung des Hungers, wünschten eine nicht-interventionistische Aussenpolitik und plädierten für weniger Rüstung und mehr Bildungsinvestitionen.

Das Prinzip der Globalisierung auf der Basis des Freihandels wird zu Unrecht immer noch als eine Fortsetzung kolonialistischer Politik geschmäht. Dabei ist das Gegenteil der Fall. Die Manchester-Liberalen waren als Befürworter offener nationaler und globaler Märkte dezidierte Gegner des Kolonialismus, des Imperialismus und der Sklaverei. Sie waren als Pazifisten auch gegen den Krimkrieg, was in Grossbritannien ihre Popularität beeinträchtigte und wohl auch dazu beitrug, dass «Manchestertum» in Deutschland schon vor dem Ersten Weltkrieg zum Schmähbegriff avancierte. Cobden schrieb 1842 in einem Brief *«Die Kolonialpolitik Europas war die Hauptursache von Kriegen in den letzten hundertfünfzig Jahren. Der Freihandel wird unweigerlich, indem er die wechselseitige Abhängigkeit der Länder untereinander sichert, den Regierungen die Macht entreissen, ihre Völker in den Krieg zu stürzen.»* Solche Töne wollte man im Zeitalter der nationalem Ökonomien und der damit verhängnisvoll verquickten nationalen Macht- und Expansionspolitik nicht hören. Offenbar ist es bis heute nicht gelungen, den engen Zusammenhang von Freihandelspolitik und Friedenspolitik im öffentlichen Bewusstsein und im politischen Sprachgebrauch zu verankern.

Drei politische Zauberbegriffe werden oft in einem zu positiven Licht gesehen: das Fördern, das Umverteilen im Hinblick auf einen «sozialen und regionalen Ausgleich» und das Helfen. Alle drei Aktivitäten haben denn auch ihre Schattenseiten, vor allem, wenn der Staat oder grössere Staatengemeinschaften durch Regulierungen als «Förderer», «Umverteiler» und «Helfer» auftreten. Im Bereich der Entwicklungspolitik hat man inzwischen die Erfahrung gemacht, dass gut gemeinte Hilfsprogramme alte Abhängigkeiten verschärfen und neue Abhängigkeiten schaffen und nicht selten das Grundproblem der Armut verewigen, statt es zu lösen oder lösbarer zu machen. Darum ist der Grundsatz «Trade not Aid», also «Offener Handel statt Entwicklungshilfe» eigentlich im Umfeld der Entwicklungspolitik kaum mehr grundsätzlich umstritten, sondern nur noch in der konkreten Ausgestaltung und schrittweisen «Abfederung». Im Rahmen der innerstaatlich und innereuropäisch regulierten Wirtschafts- und Sozialpolitik werden die Schattenseiten von Hilfs- und Förderprogrammen noch zu wenig thematisiert. Auch dort ist die interpersonelle und die interregionale Umverteilung zwar oft «gut gemeint» und politisch populär, in ihrer mittel- und langfristigen Auswirkung aber im wahrsten Sinne des Wortes kontraproduktiv.

Robert Nef

Literatur zum Dossier:
Hernando de Soto, «Mystery of Capital», London: Bantam Press Transworld Publishers, 2001.

Detmar Doering, «Mythos Manchestertum. Ein Versuch über Richard Cobden und die Freihandelsbewegung», Potsdam: Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung, 2004.

Richard Gerster, «Globalisierung und Gerechtigkeit». Bern: h.e.p. Verlag, 2001.

Klaus M. Leisinger/ Vittorio Hösli, «Entwicklung mit menschlichem Antlitz. Die Dritte und die Erste Welt im Dialog». München: C.H. Beck, 1995.

Schweizer Monatshefte, 78. Jahr, Heft 10, Oktober 1998, Dossier: «Schere zwischen Arm und Reich», S. 8–31.

Stephan Schmidheiny, «Kurswechsel». München: Droemer Knaur, 1992.

Der junge Autor, der sich an dieser Stelle zu Wort meldet, gehört zu jenen Zeitgenossen, die aktiv gegen die Litanei der Globalisierungsgegner ankämpfen. Er tut es mit Leidenschaft, aber auch mit Zahlen, Fakten und guten Argumenten.

(1) Nicht schlechter wird es, sondern besser

Johan Norberg

1870 war Schweden ärmer als der Kongo heute. Die Lebenserwartung lag um 20 Jahre unter derjenigen der heutigen Entwicklungsländer, und die Kindersterblichkeit betrug das Doppelte des gegenwärtigen Durchschnitts in der Dritten Welt. Meine Vorfahren litten buchstäblich Hunger.

Liberalisierungsreformen zu Hause und der Freihandel im Ausland brachten die Wende. Ein Handelsabkommen mit England und Frankreich versetzte Schweden 1865 in die Lage, sich zu spezialisieren. Nahrungsmittelproduktion war noch immer nicht unsere Stärke; aber wir konnten Stahl und Holz erzeugen und im Ausland absetzen. Mit dem Erlös liessen sich Nahrungsmittel kaufen. 1870 begann die industrielle Revolution in Schweden. Neue Unternehmen exportierten überallhin auf dem Globus, und die Produktion stieg rasch an. Konkurrenz zwang unsere Betriebe zu mehr Effizienz, und man schloss alte Industrien, um an ihrer Stelle neue Bedürfnisse zu befriedigen, wie bessere Bekleidung, Hygiene, Gesundheitspflege und Erziehung. Bis ca. 1950 – als der Wohlfahrtsstaat noch bloss ein Fünklein in sozialdemokratischen Augen war – hatte sich die schwedische Wirtschaft vervierfacht. Die Kindersterblichkeit war um 85 Prozent gesunken, und die Lebenserwartung hatte um fabelhafte 25 Jahre zugenommen. Wir waren auf dem Weg, die Armut abzuschaffen. Wir waren globalisiert.

Noch interessanter war, dass Schweden schneller wuchs als die Länder, mit denen es Handel trieb. Die Löhne in Schweden nahmen von 1870 bis kurz nach 1900 von durchschnittlich 33 Prozent auf 56 Prozent derjenigen in USA zu, obschon die amerikanischen Löhne in der gleichen Zeit ebenfalls kräftig gestiegen waren.

Dies sollte nicht wirklich überraschen. Wirtschaftsmodelle besagen, dass arme Länder höhere Zuwachsraten haben sollten als reiche. Sie haben mehr stille Ressourcen, die mobilisiert werden können, und sie können von der Existenz reicherer Länder profitieren, in die sich Waren exportieren und aus denen sich Kapital und fortgeschrittene Technologien importieren lassen; reiche Länder dagegen haben einen grossen Teil solchen Potentials bereits umgesetzt.

Soweit zumindest die Modelle; theoretisch sind die Dinge klar. Das Problem ist, dass die Wirklichkeit den Modellen nicht immer folgt. In Tat und Wahrheit wachsen die meisten armen Länder langsamer als die industrialisierten. Warum? Ganz einfach: die meisten armen Länder sind ausserstande, sich der internationalen Märkte und Möglichkeiten zu bedienen. Schuld daran ist der Mensch – er ist für wesentliche interne und externe Hindernisse verantwortlich: interne, wie das Fehlen von Rechtssicherheit, eines stabilen Investitionsklimas und von Eigentumsschutz; externe, wie den Protektionismus, mit dem die reichen Länder Güter benachteiligen, die für die Dritte Welt von besonderer Bedeutung sind – beispielsweise Textilien und Landwirtschaftsprodukte. Dadurch werden (gemäss UNCTAD) den Entwicklungsländern jährlich nahezu 700 Milliarden Dollar Exporterlöse vorenthalten – fast 14mal mehr als die ihnen ausgerichtete Entwicklungshilfe.

Wenden wir uns jedoch armen Ländern mit guten Institutionen zu, die für den Handel offen sind, so stellen wir fest, dass sie rasche Fortschritte machen, viel raschere als die reichen. Jeffrey Sachs und Andrew Warner haben in einer klassischen Studie über die Entwicklung von 117 Ländern in den 70er und 80er Jahren gezeigt, dass offene Entwicklungsländer eine Wachstumsrate von 4,5 Prozent aufwiesen, verglichen mit einer solchen von 0,7 Prozent für geschlossene Entwicklungsländer und 2,3 Prozent für offene Industrieländer.

Ein jüngst veröffentlichter Bericht der Weltbank kam zum Schluss, dass 24 Entwicklungsländer mit einer Gesamteinwohnerzahl von 3 Milliarden daran sind, sich mit zunehmender Geschwindigkeit in die globale Wirtschaft zu integrieren. Auch ihr Pro-Kopf-Wachstum ist von einem Prozent in den 60er Jahren auf fünf Prozent in den 90ern angestiegen, verglichen mit 1,9 Prozent in den reichen Ländern. Wenn es so

weitergeht, wird das Durchschnittseinkommen in diesen Entwicklungsländern sich in weniger als 15 Jahren verdoppelt haben.

All dies führt zu dem Schluss, dass Globalisierung – die Ausdehnung internationalen Handels, internationaler Kommunikation und internationaler Investitionen – der wirksamste je gefundene Weg ist zur Chancenerweiterung über die eigenen Grenzen hinweg. Ja, die Globalisierungsgegner haben recht, wenn sie behaupten, dass grosse Teile der Welt im Abseits stehen gelassen würden, insbesondere Afrika südlich der Sahara. Doch wie durch Zufall handelt es sich bei eben diesen Gebieten gleichfalls um die am wenigsten liberalen Teile der Welt, diejenigen mit den meisten Kontrollen und Vorschriften und der schwächsten Verankerung privater Eigentumsrechte. Wenn die Gegner der Globalisierung dieser die afrikanische Misere in die Schuhe schieben, ist das etwa so bizarr wie die Beteuerung nordkoreanischer Beamten, die einem mongolischen Politikergast erklärten, der Durchschnittsnordkoreaner fühle sich unglücklich und elend – aus Trauer über den amerikanischen Imperialismus.

Im Verlauf einer einzigen Generation hat sich das Durchschnittseinkommen in den Entwicklungsländern verdoppelt.

Alles in allem deuten offizielle Statistiken von Regierungen, der Vereinten Nationen und der Weltbank darauf hin, dass die Menschheit noch nie eine dermassen dramatische Verbesserung ihrer Lebensumstände mitgemacht hat wie in den letzten drei Jahrzehnten. Bloss hat man uns das Gegenteil derart unausgesetzt eingehämmert, dass wir es nunmehr für bare Münze nehmen, ohne den Tatsachen noch auf den Grund zu gehen.

Im Verlauf der letzten 30 Jahre ist in den Entwicklungsländern der chronische Hunger und die Kinderarbeit halbiert worden, und im vergangenen halben Jahrhundert ist die Lebenserwartung von 46 auf 64 Jahre angestiegen, ist die Kindersterblichkeit von 18 auf acht Prozent gesunken. Das heisst, dass heute diese Kennzahlen in den Entwicklungsländern bedeutend günstiger sind als noch vor hundert Jahren in den reichsten Ländern.

Im Verlauf einer einzigen Generation hat sich das Durchschnittseinkommen in den Entwicklungsländern verdoppelt. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen stellt fest, dass in den letzten 50 Jahren die weltweite Armut stärker zurückgegangen ist als in den vorangegangenen 500. Die Zahl der absolut Armen – Menschen mit weniger als einem Dollar pro Tag – ist, gemäss Weltbank, über die letzten 20 Jahre um 200 Millionen gesunken, obschon die Weltbevölkerung im gleichen Zeitraum um ca. 1,5 Milliarden zugenommen hat.

Doch selbst bei diesen an sich schon ermutigenden Zahlen ist wahrscheinlich die globale Armut stets noch zu hoch angesetzt, da sich die Weltbank dabei auf Feldstudien stützt. Solche Zahlen sind notorisch unzuverlässig. Ihnen zufolge sind etwa Südkoreaner reicher als Schweden und Briten, und Äthiopien wäre reicher als Indien.

Dazu kommt, dass bei Feldforschung ein immer kleinerer Anteil individueller Einkommen erfasst wird. Einem in zwei Umfragen der Jahre 1987 und 1998 identisch eingestuften Durchschnittsarmen brachte in Wirklichkeit dieser Zeitraum eine Einkommenssteigerung von 17 Prozent. Der frühere Weltbank-Ökonom Surjit S. Bhalla veröffentlichte neulich eigene Berechnungen, in denen er die Studienergebnisse um nationale Statistikdaten ergänzt (in «Imagine There's No Country», Institute for International Economics, 2002). Bhalla findet, dass das Ziel der Vereinten Nationen – Verringerung der weltweiten Armut auf weniger als 15 Prozent bis 2015 – schon heute erreicht und sogar übertroffen ist. Die absolute Armut sank in der Tat von 44 Prozent in 1980 auf 13 Prozent im Jahr 2000.

Bhalla zeigt ebenfalls auf, dass das Pro-Kopf-BIP der Entwicklungsländer in ihrer Gesamtheit (nicht einzeln) zwischen 1980 und 2000 um 3,1 Prozent gewachsen ist, verglichen mit 1,6 Prozent desjenigen der industrialisierten Welt. Jene Länder wiederholen nun die schwedische Erfahrung des späten 19. Jahrhunderts, bloss schneller. Ab 1780 brauchte England fast 60 Jahre, um sein Vermögen zu verdoppeln. Hundert Jahre später erreichte Schweden dasselbe in 40 Jahren, und nochmals hundert Jahre später schaffte Südkorea gleiches in etwas über zehn Jahren.

Noch nie war unsere Welt ein besserer Ort zum Leben als heute. Noch nie war die Armut so wenig verbreitet und der Lebensstandard so hoch. Und die Ära der Globalisierung hat den Grund gelegt für eine weitere, noch raschere Vermehrung der Möglichkeiten und des Wohlstands.

Der vorliegende Beitrag wurde von Reinhart Fischer aus dem Englischen übersetzt.

JOHAN NORBERG, geboren 1973 in Stockholm, studierte Philosophie, Literatur und Politikwissenschaften an schwedischen Universitäten. Er leitet das liberale Timbro-Institut in Stockholm, seine Veröffentlichungen stehen im Kontext von Freihandel und Globalisierung.

Jeder Handel beruht auf der Erwartung der Beteiligten, sich durch das Tauschgeschäft besserzustellen. Die Globalisierungsgegner behaupten, im globalen Austausch dominierten negative Nebeneffekte. Ihre Argumente beruhen auf einem fragwürdigen theoretischen Ansatz.

(2) Smith liegt richtig, Ricardo liegt falsch

James M. Buchanan

Warum treiben wir Handel? Ökonomen erblicken ihre Daseinsberechtigung massgeblich in der Beantwortung dieser Frage. Leute treiben Handel, weil sie sich dadurch gegenseitig Gewinne verschaffen. Alle Parteien gewinnen, keine verliert. Wie wird dieser grundsätzliche Leitgedanke des Handels in die Gewinner-Verlierer Logik umgewandelt, die der modernen Anti-Globalisierungs-Rhetorik als Grundlage dient? Wie konnte es dazu kommen, dass der wohltätigsten Institution menschlicher Interaktion unheilvolle Auswirkungen unterstellt werden? Könnte es sein, dass sogar den raffiniertesten Globalisierungsgegnern selbst elementarste wirtschaftliche Grundkenntnisse abgehen? Oder fehlen uns einfach Kommunikatoren vom Format eines Frédéric Bastiat, die all die merkantilistischen Absurditäten entlarven könnten?

Keine Partei erleidet beim freiwilligen Tausch einen Wertverlust. Da somit beide beim direkten Austausch gewinnen, werden zwangsläufig eventuelle Verluste von jenen getragen, die ausserhalb des Austauschnetzes bleiben. Diese Verluste müssen folglich Nebenwirkungen sein oder – im Jargon der Ökonomen – externe Effekte. Aber sollte ich – blanken Neid einmal ausgeschlossen – etwas dagegen haben, dass andere Handel treiben und sich gegenseitig Gewinne verschaffen? Ausser vielleicht im Fall, dass andere bei einem Geschäftsabschluss meine Geschäftspartner abspenstig machen, seien es Käufer oder Verkäufer. Die Schäden aus Nebeneffekten könnte man messen an den Netto-Gewinnen oder Überschüssen, die ich erzielt hätte, wenn ich meine Geschäfte mit denjenigen hätte fortführen können, zu denen meine Beziehungen nun abgebrochen sind, weil ich durch andere Handelspartner ersetzt worden bin.

Bei ihrer traditionellen Argumentation zugunsten des Handels haben die Ökonomen diese Schäden aus Nebeneffekten wenig beachtet, da man von der Annahme ausging, einmal ersetzte Akteure würden alternative Käufer oder Verkäufer finden, auf die sich die Geschäfte mit relativ niedrigen Kosten verlagern liessen. Die Annahme, dass neue Kundenbeziehungen sich kostengünstig aufbauen liessen, ist beim Verfechten des freien Handels von entscheidender Bedeutung.

Ich werde zuerst die Grundlagen des Tausches zusammenfassen, wie sie von Adam Smith erklärt werden. Dann werde ich sie mit denjenigen von David Ricardo vergleichen, und schliesslich werde ich die Gegensätze und unterschiedlichen Auswirkungen der beiden Denkansätze ermitteln, die sich für die wirtschaftliche Theorie ihrerseits ergeben. Damit soll gezeigt werden, warum die Opposition gegen eine Ausdehnung des Handels sich tendenziell auf die wirtschaftliche Interaktion zwischen Händlern in verschiedenen Ländern konzentriert, anstatt auf Modelle innerhalb der Grenzen eines einzigen politischen Verwaltungsbereiches. Mit anderen Worten: Warum «Anti-Globalisierung» und nicht «Anti-Nationalisierung»?

Um diese Frage zu beantworten, ist einerseits die politische Struktur und der entsprechende Rahmen zu beachten, innerhalb dessen der Austausch sich abspielt, anderseits aber, ob dieser innerhalb politischer Grenzen oder grenzübergreifend stattfindet. Die moderne *Public Choice*-Theorie liefert eine relativ einfache Erklärung, warum dem grenzüberschreitenden Handel von der Politik verhältnismässig grosse Hürden in den Weg gelegt werden. Sie ist aber nicht sehr tauglich zur Erklärung, warum die öffentliche Meinung solchen Restriktionen zustimmt.

Adam Smith sah das Verhältnis von Tausch und Spezialisierung wie folgt. Personen treiben Handel, weil sie sich gegenseitig Gewinne verschaffen. Solche Gewinne sind möglich, weil Spezialisierung produktiv ist. Selbst wenn die Personen in ihren Fähigkeiten wie auch in ihren Präferenzen identisch sind, bringt der Handel dennoch gegenseitige Vorteile, da die Spezialisierung der Produktion eine überproportionale Steigerung der Wertschöpfung zur Folge hat. Indem die Zahl der Personen in wirtschaftlichen Vernetzungen – auf «dem Markt» – zunimmt, kommt es zu immer weitergehender Spezialisie-

rung. *«Die Grenze der Arbeitsteilung ist gegeben durch den Umfang des Marktes»* – diese berühmte Aussage steht im Mittelpunkt von Adam Smiths Lehre. Sie unterstellt, dass jede Erweiterung des Wirtschaftsverkehrs allen Teilnehmern Gewinne verspricht. Die Gewinne aus Spezialisierung sind unerschöpflich. Es gibt keine willkürlichen Grenzen, jenseits derer solche Gewinne sich nicht verwirklichen liessen. Und es ist unerheblich, ob der Handel innerhalb desselben politischen Gebildes oder zwischen Mitgliedern unterschiedlicher politischer Systeme stattfindet. Das heisst: Für Smith gibt es keinen Unterschied zwischen nationalem und internationalem Handel. Die gleichen Vorteile der Spezialisierung bleiben bei jeder Marktgrösse und jeder Dimension des Marktes erhalten. Adam Smith geht davon aus, die Menschen seien *«von Natur aus gleich»*. Eine Spezialisierung ist somit nicht unveräusserlicher Teil des betreffenden Spezialisten. In Smiths System der natürlichen Freiheit können Personen zwischen Spezialisierungen wählen, und sie können sie wechseln, wenn sich die Nachfrage ändert. Die Kosten solcher Umstellungen sind vorübergehend und kommen bei der Anpassung an das natürliche Gleichgewicht des Marktes zum Verschwinden.

Im öffentlichen Bewusstsein wiegen diese geballten Verluste wahrscheinlich schwerer als die Gesamtgewinne für die Weltwirtschaft.

Eine zweite, grundlegend andere Betrachtungsweise des Handels geht von persönlichen Unterschieden aus. Wir gewinnen aus dem Handel, weil wir uns voneinander unterscheiden. Handel ermöglicht es uns, unsere jeweiligen komparativen Vorteile, unsere Wettbewerbsvorteile zu nutzen. Mit anderen Worten: Wir sind von Natur aus spezialisiert; der Handel ermöglicht es allen Einzelnen, ihre Nischen zu finden. Wenn ich besser Brot backen kann als du, während du bessere Schuhe herstellst, gewinnen wir beide, indem wir unsere komparativen Vorteile nutzen. In diesem begrenzten Rahmen betrachtet, würde dieser Ansatz bedeuten, dass es keinen gegenseitigen Vorteil aus dem Handel gäbe, wenn Personen nicht verschieden wären. David Ricardo hat die Theorie vom komparativen Wettbewerbsvorteil entwickelt, um zu erklären, warum unterschiedliche Länder aus dem internationalen Handel Vorteile ziehen. Er unterschied zwischen dem internationalen Markt und dem nationalen Handel und betonte, dass mit dem internen Handelsverkehr die Ertragsmöglichkeiten aus Spezialisierung erschöpft seien. In der Folge übersahen die Ökonomen im Verlauf der Geschichte ihres Fachs das Argument von Adam Smith. Diese Ausblendung verführte sie dann dazu, die grundsätzliche Beziehung zwischen Breite oder Tiefe des Marktes und den Chancen für gegenseitige Gewinne zu ignorieren.

Warum ist die Differenzierung zwischen den eben skizzierten beiden Sichtweisen des Handels so wichtig für das Verständnis der öffentlichen Reaktion zum Thema Globalisierung? Im Modell Ricardos unterscheiden sich die Personen nach ihren natürlichen Fähigkeiten, nützliche Güter zu produzieren. Der Handel erlaubt es ihnen, die Nischen zu besetzen, für die sie individuell am besten geeignet sind. Denken wir an das als Massstab dienende ursprüngliche Gleichgewicht, so ist die Allokation Funktion natürlicher Fähigkeiten oder der Möglichkeiten alternativer Beschäftigungsformen sowie der Nachfrage nach Endprodukten. Doch besteht kein Bezug zwischen diesem Gleichgewicht und dem Ausgleich der relativen Löhne und Gehälter innerhalb der unterschiedlichen Beschäftigungskategorien.

Die gegensätzlichen Auswirkungen der beiden Sichtweisen des Handels liegen auf der Hand. In der Logik von Smith sind die Verluste, die aus der Ausdehnung der Märkte herrühren, nur vorübergehender Natur, weil jene, die durch die veränderten *terms of trade* geschädigt werden, in alternative Beschäftigungskategorien oder neue Berufe wechseln können. Nach Ricardos Logik, derzufolge sich der Handel aus unterschiedlichen natürlichen Fähigkeiten entwickelt, erleiden einzelne Gruppen durch veränderte *terms of trade* nicht nur begrenzte und vorübergehende Verluste. Vielmehr können die Schäden dauerhafter Art sein, wenn man davon ausgeht, dass es manchen Personen nicht möglich ist, zwischen verschiedenen Beschäftigungsmöglichkeiten zu wählen.

Viele wirtschaftliche Argumente gegen die Globalisierung konzentrieren sich auf die angeblichen Arbeitsplatzverluste in Industrieländern, für die man die Ausdehnung der weltweiten Geschäftsverbindungen verantwortlich macht. Speziell in den USA wird behauptet, die Ursache für Arbeitsplatzverluste liege im *outsourcing,* das die Unternehmen praktizieren, indem sie inländische Arbeitnehmer, speziell im Produktionsbereich, durch Arbeitskräfte im Ausland ersetzen. Die Begründung für politische Massnahmen gegen die Globalisierung inspiriert sich mehr an der

öffentlichen Meinung als an traditionellen Argumenten zum Schutz einzelner Industriezweige.

Je mehr die öffentliche Meinung und das Verständnis ökonomischer Zusammenhänge durch die Logik Ricardos beeinflusst werden und nicht durch die Betrachtungsweise von Adam Smith, desto mehr steht bei der Anti-Globalisierung die Bedeutung des Verlustes von Arbeitsplätzen im Vordergrund, wie im Fall spezieller Bereiche, denen dauernder Produktionsrückgang droht, weil ihre natürlichen Fähigkeiten und fachlichen Qualifikationen nicht mehr gebraucht werden. Im öffentlichen Bewusstsein wiegen diese geballten Verluste wahrscheinlich schwerer als die Gesamtgewinne für die Weltwirtschaft, die durch die bessere Allokation der Weltressourcen erzielt werden.

Völlig anders ist die Lage, wenn man die ökonomischen Zusammenhänge durch die Brille von Adam Smith betrachtet. Die Arbeitsplatzverluste in einem Sektor werden transitorisch betrachtet; die Werkzeugmaschinenbauer zum Beispiel können als potentielle medizinische Techniker eingesetzt werden und sind nicht auf einen bestimmten Berufsbereich festgelegt. Adam Smiths einfaches *«System der natürlichen Freiheit»* geht davon aus, dass Personen so mobil bleiben und zwischen Positionen und Orten wählen können wie in der integrierten Binnenwirtschaft.

Fachlich ausgedrückt, ist im Modell von Adam Smith die Elastizität des Angebots der Arbeitskräfte in verschiedenen Berufskategorien sehr hoch, speziell bei Annahme einer angemessenen Übergangsperiode. Im Gegensatz dazu ist die Elastizität im Ricardoschen Modell sehr niedrig.

Diese Unterschiede im öffentlichenVerständnis der Marktabläufe hat auch Auswirkungen auf die Politik. Der Ansatz von Smith entspricht den kollektiven Bemühungen, berufliche Veränderungen zu erleichtern, wie sie sich aus den veränderten Handelsbewegungen bei fortschreitender Globalisierung ergeben. Der politische Einsatz zugunsten von Weiterbildung und Umrüstung ist hier sinnvoll, ganz im Gegensatz zu den Bemühungen um Verhinderung jener intensivierten Spezialisierung, die mit der Integration der Märkte einhergeht. Sehr wichtig ist dabei, dass die politischen Zielsetzungen der beiden Rahmenbedingungen ganz und gar gegensätzlich sind. Gemeinsame Aktionen mit dem Ziel, berufliche Veränderungen zu erleichtern, suchen die Vorteile grösserer Märkte zu sichern. Das Gegenteil gilt für Bemühungen, Anreize für Veränderungen zu verhindern oder zu bremsen.

Jede einzelne Wirtschafts- oder Berufsgruppe legt es darauf an, dass der Markt zugunsten des eigenen Produkts geschlossen bleibe, dass also der Eintritt Aussenstehenden verwehrt werde, egal ob diese Newcomer aus der in- oder ausländischen Wirtschaft stammen. Eine einzelne, allein agierende Gruppe könnte jedoch kaum erwarten, sich verstärkten Schutz legal sichern zu können; eine solche Politik würde offensichtlich gegen die Interessen aller anderen Gruppierungen der Gemeinschaft verstossen. In Mehrheitsdemokratien jedoch kann es einer Koalition solcher Einzelgruppen gelingen, protektionistische Massnahmen in die Tat umzusetzen, selbst auf Kosten von Verlusten, die die Gesamtbevölkerung tragen muss. Rotationen innerhalb wechselnder Mehrheitskoalitionen in gesetzgebenden Körperschaften können es wahrscheinlich schaffen, marktabschottende Restriktionen auf die gesamte Wirtschaft auszudehnen.

Die *Public Choice*-Theorie erklärt sehr einfach, warum Anti-Globalisierungs-Argumente in demokratisch organisierten Staaten im Kampf gegen die Öffnung der Märkte häufig erfolgreich sind. So wie Demokratie bei uns funktioniert, ist nicht etwa das Wohl der gesamten Bevölkerung wichtigstes Ziel gemeinsamer Aktionen. Dabei begünstigen Massnahmen, die den Eintritt in bestimmte Sektoren verwehren oder erschweren, nur wenige, während von den Vorteilen offener Märkte alle profitieren. Es erscheint paradox, dass trotzdem die generellen Vorteile des Handelsmechanismus ausgerechnet dann nicht gelten sollten, wenn es um grenzüberschreitenden Handel geht. Wenn Handel einzelnen Gruppen so sehr schadet, dass sich eine Schliessung des Marktes zu ihren Gunsten rechtfertigt, warum dann nicht auch innerhalb politischer Grenzen? Warum also nicht Anti-Globalisierung für Händler über die städtischen Grenzen hinaus oder für Handeltreibende innerhalb verschiedener Staaten der USA oder innerhalb der Europäischen Union? Die Nationalstaaten als politische Einheiten entwickelten sich im 17., 18. und 19. Jahrhundert, und Produktionstechnik und Handel dieser Periode führten dazu, dass der meiste wirtschaftliche Austausch innerhalb der einzelnen Nationalstaaten getätigt wurde. Die Wirtschaftstheorie, die Adam Smith als Beispiel diente, entwickelte sich

Die kategorische Trennung zwischen Innen- und Aussenhandel hätte niemals vollzogen werden dürfen.

als getrennte Wissenschaft, die erklären wollte, wie das Tun einzelner Akteure innerhalb eines zusammenhängenden Netzwerkes Ergebnisse erzielte, von denen alle Bürger des Gemeinwesens profitierten.

Wie konnte der Austausch zwischen Bürgern separater Nationalstaaten erklärt und gerechtfertigt werden? Unglücklicherweise, wie es sich herausstellt, war David Ricardo erfolgreich in der Beantwortung dieser Frage, indem er die Theorie des komparativen Wettbewerbsvorteils einführte, bei der erklärt wird, dass Gewinne durch Tausch aus realen Unterschieden stammten und nicht das Ergebnis aus den Vorteilen ausgedehnter Spezialisierung als solcher seien. Die ideengeschichtlichen Folgen sind klar. Fast alle Ökonomen analysierten somit das Funktionieren der Nationalwirtschaft aufgrund einer völlig anderen Logik als jener, die auf die internationale Wirtschaft angewendet wurde. Die Argumente von Adam Smith über die Vorteile der Spezialisierung, aufgrund derer sich die Arbeitsteilung entwickelt, wurden akzeptiert; aber man ging davon aus, dass diese Vorteile auf relativ kleine Produktions- und Wirtschaftseinheiten beschränkt blieben, gerade ausreichend für den internen Wettbewerb zwischen einzelnen Sektoren innerhalb der nationalen Wirtschaft.

Die Ökonomen waren also bereit, die Erklärung der komparativen Wettbewerbsvorteile für den Handel unkritisch zu akzeptieren – und dadurch vernachlässigten sie die fundamentalere Logik von Adam Smith. Die kategorische Trennung zwischen Innen- und Aussenhandel hätte niemals vollzogen werden dürfen.

Meine These ist klar und einfach. Die Ökonomen sind daran mitschuldig, dass sich das ganze Globalisierungsthema zur heutigen Form entwickelt hat und dass die schädlichen Nebenwirkungen aus der Erweiterung und Öffnung der Märkte weltweit als ernsthafter und störender dargestellt werden, als wenn allgemein der Mechanismus des Handels besser verstanden worden wäre. Man denke an das Bild vom Glas, das halbvoll oder halbleer ist. Wenn wir uns Leute mit völlig unterschiedlichen Begabungen und entsprechend verschiedenen Beschäftigungen und einem Einkommen vorstellen, das als ökonomische Rente betrachtet wird, dann sind mögliche Verluste, die einzelne Gruppen erleiden, unangemessen schwer. Bei dieser Betrachtungsweise werden Berufe gewissermassen wie Rechte mit Besitzansprüchen behandelt. Der Verlust von Jobs durch Globalisierung kann dann von erheblicher politischer Bedeutung sein. Diese Auffassung vom Marktmechanismus entspricht dem Bild vom halbleeren Glas und steht im Gegensatz zur Prämisse von Adam Smith.

Bei ihm sind alle Menschen im besten Sinne von Natur aus gleich. Die Mobilität unter verschiedenen Berufskategorien bleibt relativ hoch, und eine gewisse Zeitspanne für den Übergangsprozess wird zugestanden. Die Marktteilnehmer haben kein Anrecht auf ihren Beruf, solange es möglich ist, in alternative Beschäftigungsverhältnisse zu wechseln. Die Jobverluste, die dem *outsourcing* inländischer Firmen zugeschrieben werden, verlangen natürlich Neuanpassung, Weiterbildung und möglicherweise Wechsel des Arbeitsortes. Aber wenn die Nachfrage nach anderen Gütern zunimmt, werden solche Anpassungen erträglich. Und insgesamt gilt die ökonomische Annahme, dass der Gesamtwert zunimmt, wenn die Märkte überall geöffnet werden.

Unter Zugrundelegung dieser Prämisse haben Ökonomen sowohl im Inland als auch im Ausland generell den freien und offenen Handel unterstützt. Sie waren immer verblüfft, dass sich Regierungen und Öffentlichkeit weigerten, einfache wirtschaftliche Zusammenhänge verstehen zu wollen. Wie vorher angemerkt, lassen sich aus der *Public Choice*-Theorie elementare Gründe dafür ableiten, warum Politiker den Forderungen bestimmter Interessengruppen auf Kosten des Allgemeinwohls nachgeben.

Ich behaupte, dass sich die Ökonomen getäuscht haben beim Stellenwert, den sie je dem Ansatz Ricardos und der zentralen Rolle des Handels zugestanden haben und dass dies nicht ohne Auswirkungen auf die öffentliche Meinung blieb. Wäre man der Logik von Adam Smith gefolgt, derzufolge Handelserträge kraft Spezialisierung generiert werden und nicht kraft der unterschiedlichen Individualitäten der Händler, wäre der Öffentlichkeit das Funktionieren der Märkte besser verständlich geworden, und sie wäre begeistert von der Dynamik des wirtschaftlichen Fortschritts.

Kritiker werden sagen, dass ich dem beschriebenen Trend der öffentlichen Meinung zum Thema Märkte und Marktanpassungen zuviel Gewicht beimesse. Vielleicht stimmt das. Doch sollten wir den Globalisierungsgegnern nicht dieses Feld überlassen, ohne immerhin zuvor unser eigenes intellektuelles Haus in Ordnung gebracht zu haben.

Der vorliegende Beitrag wurde von Isabel Mühlfenzl aus dem Englischen übersetzt.

JAMES M. BUCHANAN, geboren 1919, lehrt und forscht an der George Mason-Universität in Fairfax, Virginia in den USA. Er ist Begründer der *Public Choice*-Theorie. 1986 wurde er mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet. Der vorliegende Beitrag basiert auf einem Vortrag vor dem Tampere Club in Tampere, Finnland.

Auch im sicherheitspolitischen Bereich haben sich die Parameter seit dem Ende des Kalten Krieges grundlegend verändert. In weiten Teilen gleich geblieben ist aber jener institutionelle Rahmen, der Sicherheit gewährleisten soll. Das Problem ist dringlich, harrt indessen einer Lösung.

(3) Globalisierung ohne Sicherheit

Curt Gasteyger

Spätestens seit den Anschlägen vom 11. September 2001 verfestigt sich die Erkenntnis, dass die Bedrohung unserer Sicherheit im Wortsinn grenzenlos geworden ist. Der Verweis auf die während langer Zeit über der Welt schwebende Gefahr eines nuklearen Krieges hinkt nicht nur, er ist schlechthin falsch. Im Kalten Krieg nämlich standen sich zwei bis an die Zähne bewaffnete Weltmächte gegenüber, die bestimmte Spielregeln befolgten. Und sie taten dies im Wissen, dass deren Missachtung durch die eine Seite zugleich auch deren eigenes Ende hätte mit sich bringen müssen. Die Gewissheit gegenseitiger Vernichtung war bestimmt kein idealer Zustand – am wenigsten für die ausserhalb liegenden Länder und Regionen. Dort, in der sogenannten Dritten Welt, konnten «Ost» und «West» ihre Rivalitäten beinahe straflos austragen, ohne einen Weltbrand befürchten zu müssen. Man denke an Vietnam oder an Afghanistan.

Vertraglich festgeschriebene oder stillschweigend befolgte Verhaltensregeln funktionieren heute bestenfalls noch regional – etwa im Europa der EU oder in der bis nach Zentralasien reichenden «Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa» (OSZE) sowie im Kontext eines zunehmend durchlöcherten Atomsperrvertrags. Vereinfacht formuliert, erscheint die Feststellung kaum übertrieben, dass mit dem Fall der Berliner Mauer – als Symbol ideologisch-strategischer Disziplinierung – auch andere Schranken und Regeln auf dem Spielfeld internationaler Politik ganz oder teilweise abgebaut oder schlicht abgeschafft wurden.

Wohl nirgends ist diese Lockerung der Verhaltensweise deutlicher zutage getreten als in der Öffnung von Märkten und in der Verbreitung der Kommunikationstechnologie. Gemeinsam entwickelten sich beide Prozesse zu Symbolen der Globalisierung; sie erschienen als logische Fortsetzung dessen, was schon Jahre zuvor als «Interdependenz», also allseitig wachsende Verflechtung und gegenseitige Abhängigkeit, bezeichnet worden war. Der Preis für diese kaum mehr überschaubare Entwicklung von Öffnung und Durchdringung ist indessen – vorderhand wenigstens – hoch. Gefährlich hoch. Dies jedenfalls dort, wo es um die Sicherheit der sie stützenden und schützenden Institutionen und deren Durchsetzungskraft geht. Um es brutal zu formulieren: diese Institutionen – seien es die Staaten mit ihren Sicherheitsapparaten, seien es internationale Organisationen – erweisen sich in alarmierender Weise als unzureichend.

Es hätte nicht des peinlich unproduktiven Disputs über Recht- oder Unrechtmässigkeit des Krieges gegen Saddam Husseins Irak bedurft, um zu dieser unerfreulichen Erkenntnis zu gelangen. Es ist ja schwer vorstellbar, dass eine vor über fünfzig Jahren gegründete, für die Wahrung des Weltfriedens bestimmte Organisation – die Vereinten Nationen – ohne jede Reform die fast durchwegs neuartigen Aufgaben und Missionen von heute bewältigen könne. Sie selbst ist ja inzwischen zur Zielscheibe von Gewaltakten geworden. Um Churchills Qualifizierung der Demokratie sinngemäss zu übertragen: die Uno mag die schlechteste Weltorganisation sein – ausgenommen alle anderen. Sie ist anerkanntermassen in vielem überholt und ineffizient. Aber sie ist fast alles, was wir haben. Eine zusehends krisenbelastete und turbulente Welt wird nicht nur mit ihr leben, sondern, *faute de mieux,* sie auch nutzen müssen. Dies indessen kann nicht genügen. Wir stellen ernüchtert fest, dass die wirtschaftlich-technologische Globalisierung sowohl der Politik wie den sie tragenden und kontrollierenden Institutionen vorausgeeilt ist. Nirgendwo wird dies deutlicher als im Feld internationaler und nun auch globaler Sicherheit. Die hier massgeblichen Parameter haben sich gleich dreifach verändert oder erweitert.

Zu beginnen ist mit den Akteuren. Allem voran steht die Tatsache, dass klassische Staatenkriege seltener werden. Im vergangenen Jahr waren es je nach Zählweise noch zwei oder drei, jener im Irak eingeschlossen. Dem gegenüber steht eine kaum mehr verlässlich zu erfassende Zahl inner-

staatlicher Konflikte. Hierzu gehört nicht zuletzt das Phänomen, das der Zentralasien-Experte Uwe Halbach als *«Dschihadisierung von Regionalkonflikten»* bezeichnet. Er belegt dies mit der Feststellung, dass es *«zwischen den Südphilippinen und dem Balkan kaum noch einen Regionalkonflikt mit muslimischer Bevölkerungskomponente und separatistischem oder anderem politischen Hintergrund [gibt], an dem der transnationale islamistische Terrorismus nicht andockt».*[1]

In diesem Zusammenhang werden wir auf eine andere Erweiterung des Bedrohungsspektrums verwiesen. Sie findet sich in der Tatsache, dass die Bedrohung sich nicht nur gegen Staaten und deren Organe oder gegen die jeweilige Bevölkerung richtet, sondern auch und immer mehr gegen einzelne offizielle und private Institutionen: Uno-Delegationen hier, Hilfswerke wie das IKRK dort. Die Zahl der Opfer ist nicht nur im Irak erschreckend. Die Bedrohung kennt, zumal in Krisengebieten, keine Unterschiede mehr.

Damit ist bereits die zweite, nämlich geographische Erweiterung des Sicherheitsparameters angesprochen. Während für den deutschen Verteidigungsminister die Sicherheit seines Landes fortan am afghanischen Hindukusch beginnt, warnt Russlands Generalstabschef nach dem furchterregenden Attentat im nordossetischen Beslan, dass die russische Armee sich nun auf Präventivschläge gegen terroristische Basen *«in jeder Weltregion»* einstelle. Russland schliesst sich damit dem durch Präsident Bush als zeitlich und geographisch *«unbegrenzt»* erklärten *«Krieg gegen den internationalen Terrorismus»* an.

Es hätte nicht der Tragödie im Irak bedurft, um die Grenzen des im amerikanischen Alleingang Machbaren aufzuzeigen.

Schliesslich ist, drittens, zurückzukommen auf das bereits angesprochene Ungenügen internationaler Institutionen und Regimes. Auch hier wächst die Spannweite zwischen dem, was zur Verfügung steht und dem, was eigentlich notwendig wäre. Als Beispiel für die fortgesetzte Erosion bestehender Regime mag der bereits zitierte Atomsperrvertrag dienen. Denn längst haben sich zu den offiziell anerkannten und zur Not auch akzeptierten fünf Atommächten – USA, Russland, China, Grossbritannien und Frankreich – weitere hinzugesellt: Israel zuerst, dann Indien und sein ewiger Rivale Pakistan. Andere Staaten rücken fast unaufhaltbar nach: Nordkorea, Iran, vielleicht bald schon auch Saudi Arabien oder Brasilien. Beängstigender noch ist die illegale Verbreitung von Nukleartechnik und -material unter nichtstaatlichen Gruppen, auch und gerade unter Gruppen terroristischer Observanz. Diese nur schwer nachweisbare Perspektive entzieht sich bis auf weiteres dem Zugriff der Staatengemeinschaft ganz oder doch in weiten Teilen.

Aus der politischen, geographischen und vertraglich-institutionellen Erweiterung und Veränderung der Sicherheitsparameter resultiert die beunruhigende Folgerung, dass die Staatengemeinschaft in ihrer derzeitigen Verfassung nur sehr unzureichend für die Bewältigung dieser Entwicklungen gerüstet ist. Selbst wer Verständnis hat für Präsident Bushs Strategie des «vorauseilenden Angriffs» *(«pre-emptive strike»),* mit dem einem vermuteten Terroranschlag zuvorgekommen werden soll, wird darin schwerlich eine überzeugende, geschweige denn beruhigende Antwort auf die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen sehen. Es hätte nicht der Tragödie im Irak und des unendlich schwierigen Befriedungsprozesses in Afghanistan bedurft, um die Grenzen des im amerikanischen Alleingang Machbaren aufzuzeigen.

Damit wird auch deutlich, dass die sicherheitspolitische Globalisierung eines weiter gefassten und von einem weiteren Kreis mitgetragenen Ordnungsrahmens bedarf, als in der ersten Euphorie nach dem Kalten Krieg angenommen wurde. Wer sich nach verlässlichen Stützen und Helfern umschaut, muss allerdings feststellen, dass Zahl und Leistungsfähigkeit ordnungs- oder sicherheitspolitischer Mitspieler nach wie vor bescheiden sind. Das mag auch daran liegen, dass mögliche Partner gerade im sensiblen Bereich der Sicherheit unterschiedliche Traditionen und Vorstellungen von internationaler Zusammenarbeit kultivieren.

So bleibt das Angebot an Mitspielern jenseits der Vereinten Nationen mehr als lückenhaft: es ist schlechthin unzureichend. Die neubegründete Afrikanische Union hat sich in Schwarzafrika da und dort als Krisenmanager bewährt, sieht sich aber immer wieder überfordert angesichts der schieren Vielzahl der Konflikte. Der meist diskrete «Gulf Cooperation Council» sorgt sich in erster Linie um die da und dort prekärer werdende innere Sicherheit seiner Mitglieder. Die Vereinigung südasiatischer Länder – Asean – geht erst jetzt der Frage ernsthaft nach, wie eine antiterroristische Zusammenarbeit zu gestalten wäre. Viele ihrer Mitglieder – wie auch

1) Uwe Halbach, «Gewalteskalation im Kaukasus, Verhärtung in Russland», SWP-Aktuell, September 2004.

andere Staaten Asiens – ziehen fürs erste ein Zusammengehen mit den Vereinigten Staaten vor. All dies ergibt ein reichlich lückenhaftes Netz regionaler Zusammenarbeit ohne schlagkräftigen institutionellen Unterbau. Derlei beunruhigt, zumal gerade Südostasien in seiner Funktion als strategisch zentrale Transitregion für die internationale Schiffahrt einer solchen institutionell abgesicherten Zusammenarbeit immer dringlicher bedürfte.

Angesichts solcher sicherheitspolitischen «Freiräume» drängt sich, einmal mehr, der rettende Hinweis auf die nach wie vor leidlich funktionierende transatlantische Allianz mit der Nato auf – und ebenso der Verweis auf eine Europäische Union, die sich aussen- und sicherheitspolitisch, wenn auch langsam genug, zusammenrauft. Die Spannungen in der ersteren Organisation und das noch allzuhäufige Ungenügen der letzteren sind hinreichend bekannt. Dennoch verfügen beide Organisationen zumindest über eine vertragliche Grundlage, eingespielte Entscheidungsmechanismen und vielfach erprobte Formen der Zusammenarbeit. Seit dem Ende des Kalten Krieges haben sie überdies einschlägige Erfahrungen im Bereich der Krisenbewältigung gewonnen – zusammen mit der schwachbrüstigen OSZE auf dem Balkan zuerst, dann im Kaukasus und voraussichtlich bald im Mittleren Osten.

Mit Blick auf den asiatischen Raum dürfte schon heute die Feststellung zutreffen, dass manche Staaten zu militärischen Operationen fähig sind, die über die eigenen Grenzen hinausreichen. Zu ihnen zählt sicherlich das nukleare Duo Indien und Pakistan, immer spürbarer aber auch China und Südkorea, Taiwan und das lange zögernde Japan. Nordkorea bleibt ein Agent, der schwierig zu durchschauen ist.

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden «Militarisierung» des asiatischen Raums erstaunt, wie rudimentär hier noch immer über Grundfragen sicherheitspolitischer Zusammenarbeit nachgedacht wird. Wie in anderen Bereichen auch, wartet man namentlich auf China. Wie dieses Land im Lichte seines fast schon beängstigenden Wirtschaftswachstums und des damit verbundenen Ressourcenbedarfs seine künftige Rolle als ausgreifende, nuklear gerüstete Grossmacht wahrnehmen und absichern will, ist vorerst schwer auszumachen. Bis anhin gehört das Land zu den Gewinnern wirtschaftlicher Globalisierung; um so mehr erstaunen seine – jedenfalls nach westlichen Begriffen – vagen Vorstellungen der eigenen ordnungspolitischen Rolle.

Konkret kann dies nur heissen, dass gerade die aufsteigende Macht China eine wesentlich differenziertere Vorstellung entwickeln und einbringen könnte – und zwar in bezug auf den anzustrebenden internationalen Ordnungsrahmen ebenso wie hinsichtlich der eigenen Rolle darin. Drei Länder werden darauf besonders achten müssen: die vorläufig noch einzige Weltmacht Amerika, der traditionelle Rivale Japan und die zweite potentielle Grossmacht Asiens, Indien. Man sieht, dass sich – im Unterschied zu Europa und seiner meist kleinräumigen Staatengesellschaft – auf der grossräumigen Bühne Asien ein strategisches Mit- und Gegeneinander in neuen, ungewohnten Dimensionen ankündigt. Diese Länder werden jene Parameter mitbestimmen, die der Globalisierung mehr oder weniger Sicherheit verleihen können.

Wir aber, die Welt, bleiben bis auf weiteres auf mangelhafte Vorkehrungen verwiesen, mit deren Hilfe das globale Bedrohungsspektrum erkannt und nach Möglichkeit politisch umhegt werden soll. Wir müssen zwangsläufig mit der unangenehmen Tatsache leben, dass sich *der Fächer möglicher Bedrohungen* für die innerstaatliche wie auch für die internationale Sicherheit *vorderhand noch erweitern wird.* Jenseits «klassischer» Kriege geschieht dies auf solche Art und Weise, dass sich fortan keine Region mehr ein «neutrales» Abseitsstehen oder gar einen selbstgewählten Alleingang leisten kann. Die grosse Herausforderung für die «globalisierte Staatengemeinschaft» besteht vielmehr darin, Instrumente der Zusammenarbeit zu entwickeln, die den neuen Gefahren bestmöglich zu begegnen vermögen, ihnen vielleicht sogar zuvorkommen können. Nur wenn der wirtschaftlich-technologischen Globalisierung ein einigermassen krisenfestes sicherheitspolitisches Korsett übergezogen wird, besteht Aussicht darauf, dass sie auf Dauer und zumindest für die wichtigsten Parteien tragfähig und in ihrer weiteren Entwicklung fruchtbar bleibt.

Der Fächer möglicher Bedrohungen wird sich vorderhand noch erweitern.

CURT GASTEYGER, geboren 1929, ist Professor em. des Genfer Institut universitaire des hautes études internationales und leitet die «Association pour la promotion et l'étude de la sécurité internationale».

In der Herbstausgabe der Zeitschrift «Commentaire» charakterisiert der Autor den Altermondialismus als eine politische Strömung, die in Frankreich vor allem die Gruppierung Attac und die Anhänger von José Bové bewegt und trägt. Sie hat ihre Wurzeln im Marxismus und in der revolutionären Gewerkschaftsbewegung. Ihre Protagonisten stammen aus den USA.

(4) Die Ideologie der Altermondialisten

Serge Champeau

Wer den französischen Altermondialismus verstehen will, muss Theorie und Praxis der amerikanischen Altermondialisten studieren, deren fundamentale Thesen vom «International Forum on Globalization» in einem Buch mit dem Titel «Alternatives to Economic Globalisation: A better world is possible» (San Francisco: Berrett-Koehler, 2002, hier abgekürzt AEG) formuliert sind. Die radikale Variante wird entwickelt von Naomi Klein in «Fences and Windows» (New York: Picador, 2002, hier abgekürzt FW), und die reformistische von Noreena Hertz in «The Silent Takeover: Global Capitalism and the Death of Democracy», (New York: The Free Press, 2001, hier abgekürzt ST). Keine der in diesen Büchern entwickelten Thesen ist wirklich neu. Historikern wird es leicht fallen, die klassischen Argumente wiederzufinden, die seit der Antike gegen den Kapitalismus vorgebracht worden sind und gegen den Rechtsstaat, der zwingend mit ihm verknüpft ist. Dies ist von Jerry Z. Muller in seinem Buch «The Mind and the Market» (New York: Alfred A. Knopf, 2002) schlüssig nachgewiesen worden. Aber diese alten Argumente werden in einer durchaus originellen Konfiguration präsentiert (beispielsweise als «nicht-etatistischer Dirigismus»), sodass die Verteidiger der Marktwirtschaft und des Rechtsstaates gut daran tun, jene Bewegung etwas näher unter die Lupe zu nehmen, die aus den Trümmern sozialistischer und faschistischer Ideen aufblüht und uns auch in Zukunft zweifellos beschäftigen wird.

Die Altermondialisten erinnern uns mit ihrer Fundamentalkritik an Markt und Recht daran, dass es auch nach dem Fall der Berliner Mauer so etwas wie einen Revolutionären Internationalismus gibt. In den Augen der Altermondialisten gibt es zwischen Moral und Interesse einen unüberwindbaren Widerspruch, der sich etwa so charakterisieren lässt: Wir, die Altermondialisten, gehen von der Moral aus, die andern basieren auf dem individuellen Interesse. In dieser simplistischen Zweiteilung wird bestritten, dass die Marktwirtschaft in der Lage sei, ethische Ideale wie «Freiheit» und «Wohlstand für alle» zu verwirklichen. Auf der einen Seite stehen für die Altermondialisten jene, die «die menschliche Fähigkeit haben zu kooperieren, Sympathie zu bekunden, kreativ zu sein und verantwortungsbewusst zu entscheiden» (AEG 5). Auf der anderen Seite sehen sie jene, deren Moral nur die Maske des Interesses ist – eine kleine Gruppe von Egoisten, die Individuen und Völker ausbeuten und *«die Vielfalt der Kulturen durch eine Kultur des Profits und des Materialismus»* ersetzen.

Die altermondialistische Fundamentalkritik kommt häufig im Gewand eines ursprünglichen Liberalismus daher. Man klagt darüber, dass die Multis die selbstorganisierten lokalen Märkte durch ein zentralisiertes geplantes Wirtschaften ersetzt hätten. So kann sich der Altermondialismus als eine Strömung präsentieren, die gleichzeitig die Unsichtbare Hand des Marktes und die Sichtbare Hand des Staates ablehnt. Er wird damit als Erbe des Egalitarismus sowohl zum Nachfolger des Liberalismus als auch des Sozialismus, indem er sich der Autonomie verpflichtet fühlt, dem Grundwert der freiheitlichen Demokratie.

Allein dieses alternative System gewährleiste *«die ökonomische Selbstbestimmung des Individuums, der kleinen Gemeinschaft, und der Nation, das Recht eines jeden, die eigenen ökonomischen Präferenzen zu bestimmen und die Regeln für sein wirtschaftliches Verhalten, indem jedes Individuum politisch mitbestimmen kann»* (AEG 9). Man versteht, dass mit solchen Argumentationen sowohl die Anhänger der individuellen Autonomie angesprochen werden als auch jene, die der eigenständigen Nation nachtrauern.

Postuliert wird ein Projekt, das die durch das Geld definierten Beziehungen durch *«demokratisch mitbestimmte, verantwortungsvollere mitmenschliche Beziehungen, beruhend auf der Selbstorganisation, der Teilung der Gewalt und einer möglichst reduzierten Zentralgewalt»* (AEG 8) ersetzt. In neuer Terminologie begegnen wir

nichts anderem als den totalitären Ideologien des letzten Jahrhunderts. Effizienz des ökonomischen und politischen Dirigismus, abgestützt auf Basisdemokratie, deren anthropologische Wurzeln der utopische Sozialismus und der Anarchismus sind. Solche autarken Gesellschaften würden, so wird erwartet, als friedliche Nachbarn nebeneinander leben, was erlauben würde, die Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit auf ein Minimum zu reduzieren.

Der Marxismus stellte im Gegensatz zum utopischen Sozialismus und Anarchismus wenigstens die Frage nach dem Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus. Der Altermondialismus macht sich darüber kaum Gedanken. Trotz seiner radikalen Tendenz lehnt er die politische Machtübernahme ab. *«Das Ziel ist nicht die zentrale Machtübernahme, sondern die Infragestellung der Zentralmacht als solcher»* (FW 26). Naomi Klein lobt den anarchistischen Gehalt der Bewegung und der Manifeste, die lediglich *«durch eine gemeinsame Sache»* zusammengehalten würden: durch das gemeinsame Leiden an der *«Kapitalistischen Globalisierung»* (FW 16). Das «International Forum on Globalization» – eine Allianz von 60 führenden Aktivisten, Wissenschaftern, Ökonomen, Forschern und Publizisten, die ein neues Denken und gemeinsames Handeln und öffentliches Aufklären als Antwort auf die ökonomische Globalisierung zum Ziel haben – richtet sich an ein ziemlich vage definiertes Publikum, nämlich an «die Armen»: *«Die Gewerkschafter, die Bauern, die Landlosen, die Gläubigen, die Feministinnen, die Jugendorganisationen, die Kleineigentümer, die Handwerker, die Verteidiger der sozialen Gerechtigkeit, die Strafvollzugs-Reformer, die Umweltschützer, die Gesundheitsreformer, die Militanten zur Unterstützung der Aids-Kranken, ausgewählte Politiker, die Vertreter unabhängiger Medien, die Funktionäre, die Obdachlosen, die Verteidiger der Menschenrechte, die Friedensbewegung, die Schwulen- und Lesbenbewegung, die Intellektuellen, die Konsumentenschützer und selbst einige kapitalistische Unternehmer – aus allen Altergruppen, Religionen, Rassen und Nationalitäten»* (AEG 11).

Die Abstützung auf derart heterogene Gruppierungen zeigt auf, dass die Marktwirtschaft in Verbindung mit dem Rechtsstaat den Gegensatz zwischen Arm und Reich nicht verschärft haben kann. Im Gegenteil. Obwohl viele unter dem ökonomischen Strukturwandel leiden, gibt es für eine revolutionäre Bewegung keine definierbare Trägerschaft mehr. Als Surrogat müssen Frustrationen unterschiedlichster Art herhalten und unter dem künstlichen Dach eines gemeinsamen Anliegens versammelt werden. Mit grosser Eloquenz wird überspielt, dass es eigentlich unmöglich ist, für die Umsetzung des altermondialistischen Programms eine gemeinsame soziale Basis zu definieren.

Die Unfähigkeit, den Systemwechsel zu beschreiben, lässt den revolutionären Diskurs zur reinen Rhetorik degenerieren: *«Man muss die Multis zum Tode verurteilen, weil ihre Aktivitäten kriminell sind.»* (AEG 131). Eine andere Ausweichmöglichkeit ist ein mehr oder weniger mutiger Reformismus. Die Diskrepanz zwischen dem Ideal und der Realität, der Utopie und den Reformvorschlägen ist oft frappant: Man belässt grundsätzlich das Privateigentum, man will es lediglich beschränken und kontrollieren. Man will die Regeln des internationalen Handels *«neu aushandeln»,* die transnationalen und internationalen Investitionen will man *«re-regulieren»,* die Kapitalflucht will man *«umleiten»,* man will generell *«ermuntern».* Anstelle der Erstürmung des Winterpalais kann man wenigstens McDonalds

> In neuer Terminologie begegnen wir nichts anderem als den totalitären Ideologien des letzten Jahrhunderts.

bei bestellter Medienpräsenz handgreiflich attackieren. Das böse Erwachen in der Realität manifestiert sich entweder in einem widersprüchlichen Programm *(«Das bestehende ökonomische System beibehalten, aber es am Funktionieren hindern»)* oder in moderaten Reformen. Der Altermondialismus kann sogar Glaubwürdiges hervorbringen, beispielsweise im letzten durchaus stimulierenden Kapitel des Buches von Noreena Hertz, das Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft zur Lektüre empfohlen sei. Da sich die Autorin mehr auf die Zivilgesellschaft als auf den Staat stützt, rückt sie in die Nähe des aktuellen *aggiornamento* der Sozialdemokratie, wie es etwa von Tony Blair angestrebt wird.

Die Unfähigkeit, den Weg zur postulierten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Alternative zu beschreiben, sowie das Eingeständnis, dass nur eine Minderheit ihre Analysen und Vorschläge teilt, führt zu einem Phänomen, das allen utopischen Bewegungen gemeinsam ist. Die Schuld wird der allgemeinen Manipulierbarkeit von Mehrheiten zugeschrieben. Mit dieser Theorie kann man aber weder die politische Realität

in den USA und in Europa, noch jene in China adäquat erklären, das ja kürzlich der WTO beigetreten ist. Die Altermondialisten verkennen auch die Positionen der Entwicklungsländer. Diese divergieren erheblich von dem, was die Exponenten der Bewegung behaupten.

Die Bewegung der Altermondialisten, die zweifellos noch in den Anfängen steckt, trägt sowohl archaische als auch innovative Züge. Man fragt sich allerdings, ob und wie es ihr gelingen wird, den derzeitigen Spannungszustand innerer Widersprüche zu meistern. Nirgends sind die archaischen Züge dieser Bewegung spürbarer als in der von ihr angestrebten Politik, die Nähe statt Distanzüberwindung postuliert, Stabilität statt Beweglichkeit, und mit dem Land verwurzelte Gemeinschaften, obwohl die derzeitige politische Elite alles über Bord wirft, *«was uns loyal an Orte und Personen bindet».* So lautet die Formel des «International Forum on Globalization», die an die Blut-und-Boden-Rhetorik der Zwischenkriegszeit erinnert. Die Wurzeln einer solchen reaktionären Romantik reichen zurück in die Anfänge des 19. Jahrhunderts. Der Handel dient

Altermondialisten lassen nur die unmittelbare menschliche Beziehungen als wertvoll gelten.

aus dieser Sicht nur der Beseitigung eines unvermeidlichen temporären Ungleichgewichts und ist weit davon entfernt, ein taugliches Mittel zu sein, um ganz allgemein die menschlichen Fähigkeiten weiterzuentwickeln. Der einzig gangbare Weg, um dieses mythische Gleichgewicht wieder herzustellen, ist nach dieser Auffassung das politische Aktionsprogramm einer Rückkehr zur romantischen Tradition, in der übrigens auch Marxismus und Anarchismus wurzeln. Es geht um die Wiederherstellung der Einheit von Ökonomie und Politik. Die zwei intermediären Institutionen sollen abgeschafft werden: der Markt im ökonomischen Bereich und die repräsentative Demokratie in der Politik.

Der erwähnte archaische Zug erscheint klar im Bild, das sich die Altermondialisten von den internationalen Institutionen machen, die jene Probleme lösen sollen, die den lokalen und nationalen Rahmen sprengen. Die Theorien der Regulierung führen zu einem Hirngespinst, bei dem nicht mehr der Staat als politisches System entscheidend ist, sondern eine ökonomische Weltregierung. Die nostalgische Bezugnahme auf ein Modell der Allmende *(commons),* die *«ein Geschenk der Natur»* (AEG 81) sei, verschleiert die Unfähigkeit, das zu definieren, was dieser neue Dirigismus denn beinhalten soll. Anstelle von Marktwirtschaft und Rechtsstaat sollen kleine selbstorganisierte Gemeinschaften, in Verbindung mit einer universellen demokratischen Versammlung (deren Zusammensetzung nie präzisiert wird), die Verteilung der Güter auf globaler Ebene organisieren. Es ist zu befürchten, dass die Leere, die diese nicht vorhandene «Theorie der ökonomischen Weltregierung» offen lässt, schnell durch altbekannte dirigistische Rezepte gefüllt werde. Das Bild, das von einer *living democracy* auf lokalem Niveau vermittelt wird, unterscheidet sich kaum von der Praxis des real existiert habenden Sozialismus.

Angesichts des Kernthese, mit der man uns einreden will, der Markt sei nichts anderes als ein Naturzustand, basierend auf einer vorgesellschaftlichen gegenseitigen Praktizierung von Gewalt, muss folgendes in Erinnerung gerufen werden:

Erstens: Der Markt ist eine Institution, für die eine Gesellschaft optiert, weil sie gewisse Aktivitäten effizient koordinieren will, ohne dass eine Zentralgewalt eingreift. Er führt zu einer konsistenten Interaktion, bei der Individuen ihre gegenseitigen Interessen aufeinander abstimmen.

Zweitens: Der Markt ist eine moralerzeugende Institution, die von einem bestimmten Menschenbild ausgeht, bei dem freie und gleichwertige Menschen sich entschieden haben, durch diese Art der Koordination zusammenzuarbeiten, damit jene Werte, an denen sie hängen, verwirklicht werden können. Eine solche Theorie impliziert weder, dass der Markt *alle* menschlichen Aktivitäten koordinieren könne, noch dass die real existierenden Märkte *automatisch* eine gerechte Verteilung bewirkten, noch dass der Staat dazu verurteilt sei, in dem Moment abzusterben, in dem der Bereich der Ökonomie in die Privatautonomie entlassen würde.

Diese Auffassung vom Markt wird von den Altermondialisten verworfen, da sie naiverweise nur die unmittelbare menschliche Beziehung als wertvoll gelten lassen. Wenn aber bei wirtschaftlichen Transaktionen nur die *face-to-face*-Beziehung spielen darf, lauert im Hintergrund das Phantom des alles überwuchernden Dirigismus.

Der Text wurde von Robert Nef aus dem Französischen übersetzt und gekürzt.

SERGE CHAMPEAU, geboren 1950, hat an der Ecole Normale Supérieure de Saint-Cloud studiert und lehrt zur Zeit an der Ecole Normale Superieure in Bordeaux Philosophie.

Die Begriffe «Globalisierung» und «Wissensgesellschaft» sind mehrdeutige Wieselworte. Im Zeichen der postmodernen Beliebigkeit beherrschen sie den wissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Diskurs. Durch die Widerlegung von Vorurteilen und Irrtümern will der Autor einen Beitrag zur Begriffsklärung und zur Versachlichung der Debatte leisten.

(5) Mythendämmerung

Michael Wohlgemuth

«Globalisierung» und «Wissensgesellschaft» werden heute als die entscheidenden Herausforderungen der Politik wahrgenommen. Dieser Befund ist nicht ganz falsch, aber auch nicht ganz neu und vor allem nicht ganz klar. Adam Smith, Wilhelm Röpke und Friedrich August von Hayek haben das Phänomen der internationalen Arbeits- und Wissensteilung schon analysiert, bevor es in den letzten Jahren zum Modethema wurde. Der heutige Diskurs wird von Vorurteilen und Mythen dominiert. Besonders im «alten Europa» glaubt man in der Regel an Variationen der folgenden Mainstream-Theorie:

- Globalisierung ist ein neuartiges Phänomen, eine spezielle «Herausforderung» unserer Tage und gleichzeitig ein unumkehrbares «Schicksal».
- Globalisierung produziert die weltweite Herrschaft des globalen Marktes, begleitet von der Ohnmacht der Politik und dem Rückzug des Staates.
- Globale Marktherrschaft ist schädlich oder zumindest moralisch minderwertig (weil profitgesteuert). Globalisierung nützt den Reichen und schadet den Armen.
- Eine politische Antwort auf die Globalisierung ist nötig oder zumindest moralisch überlegen (weil gemeinwohlorientiert). Politik zähmt die Starken und schützt die Schwachen.
- Weil die «Wirtschaft» global geworden ist, muss auch die Politik global werden, um Gemeinwohlimperative durchsetzen zu können.

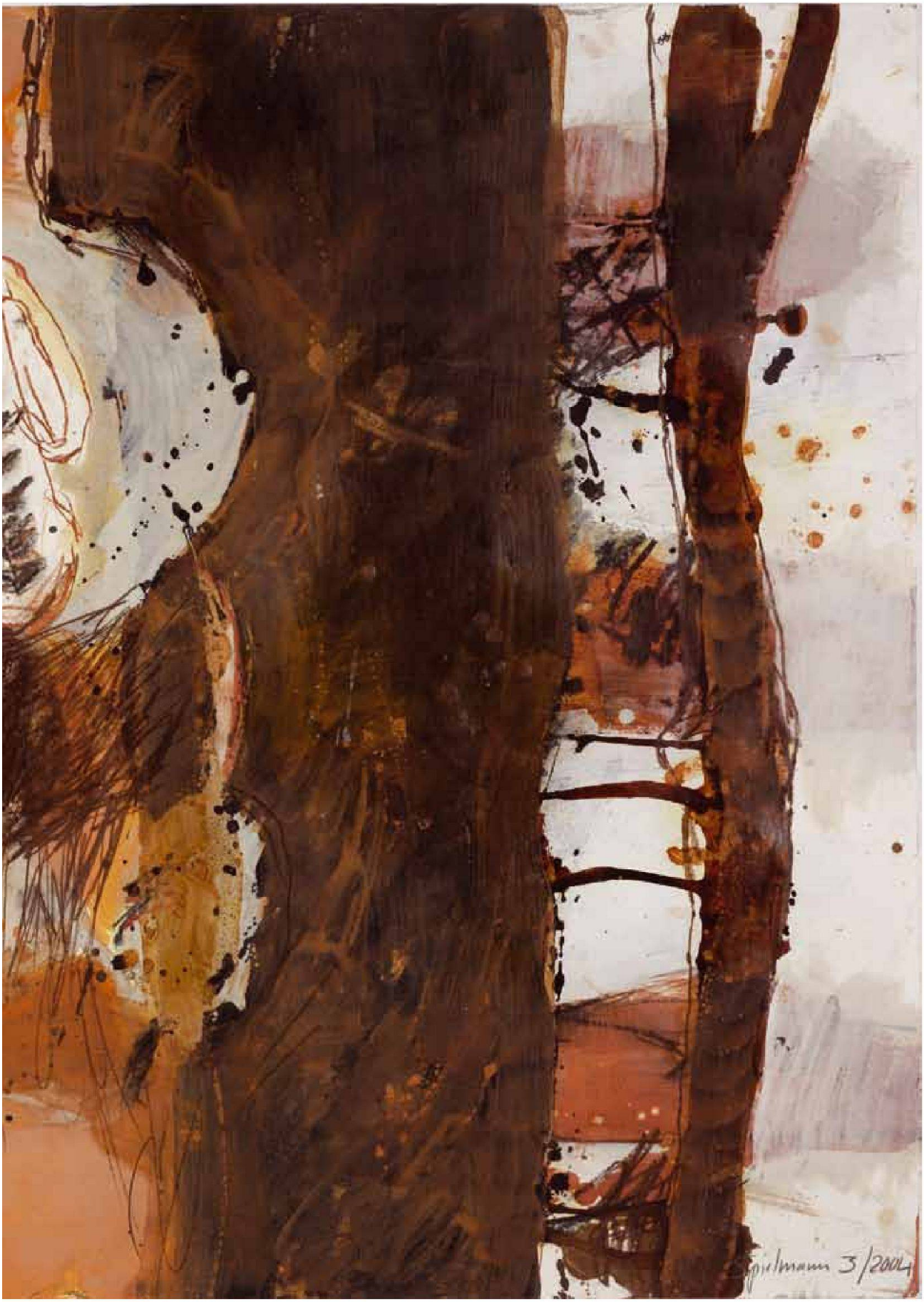
Die beiden ersten Thesen sind bestenfalls Halbwahrheiten und die drei letztgenannten sind gefährliche Irrtümer.

Der erste Mythos beruht auf der Behauptung, Globalisierung sei etwas Neues. Dies trifft nicht zu. Schon im frühen 19. Jahrhundert gab es weltweit einen regen Handel, etwa mit Stahl, Eisen, Getreide und zahlreichen Konsumgütern. Er war nicht die Folge «globaler Initiativen», sondern basierte auf der Einsicht der damaligen Welthandelsmacht Grossbritannien, dass eine unilaterale Marktöffnung für sie selbst von Vorteil sei.

Auch diese Globalisierung wurde durch neue Technologien vorangetrieben: in der Produktion durch die Dampfmaschine, im Transportwesen durch die Eisenbahn, in der Kommunikation durch den Telegraphen. Die internationalen Arbeitsmärkte waren offener als heute. Ohne Globalisierung wären im 19. Jahrhundert in Irland Hunderttausende verhungert; die globalen Arbeitsmärkte ermöglichten jedoch die Auswanderung in die USA. Heute bedeutet Globalisierung für Irland etwas anderes: einen bemerkenswerten Erfolg im Standortwettbewerb um ausländische Direktinvestitionen, der im ehemaligen «Armenhaus Europas» innerhalb weniger Jahre ein höheres Pro-Kopf-Einkommen ermöglicht, als dies in Deutschland, Grossbritannien oder Frankreich erzielt wird.

Die Zunahme der internationalen Arbeits- und Wissensteilung ist jedoch kein naturgegebenes Schicksal. 1914 weicht diese Internationalisierung einem stark protektionistischen und neo-merkantilistischen Regime, das über 40 Jahre andauert. Die ersten Globalisierungsgegner waren kriegslüsterne Kaiser und Könige, später rückten Faschisten und Kommunisten nach. Auch nach 1945 fand die «Reglobalisierung» des Westens nur in bescheidenem Ausmass statt. Erst in den 1980er Jahren befreiten sich die Weltmärkte weitgehend vom Protektionismus der Kriegswirtschaft. Globalisierung ist also weder neu noch unumkehrbar.

Der zweite Mythos hängt mit dem Wohlfahrtsstaat zusammen, dessen taumelndes Beharren nicht nur in Deutschland zu den brennendsten aktuellen Problemen gehört. Der Wohlfahrtsstaat verschlingt in Deutschland fast die Hälfte des insgesamt erwirtschafteten Geldes. Vor allem die Sozialbudgets vermelden jährlich neue Rekordstände. Gleichzeitig gilt als ausgemacht, der Staat habe zuwenig Geld und sei vor allem wegen der Globalisierung im ungeordneten Rückzug begriffen. Der Mythos von der Ohnmacht des Staates und der neuen Hegemonie des Marktes ist ebenso verbreitet wie verfehlt.



«Zwischen Kiesel und Sandkraut», Mischtechnik, 2004, 70x100 cm

Schon im späteren 19. Jahrhundert ging Globalisierung mit einer Ausweitung der Staatsaufgaben einher: Sozialversicherungen und Fabrikgesetze schufen den Grundstein europäischer Sozialstaaten, ohne mit dem wachsenden Welthandel und der Migration in Konflikt zu geraten. Die Staatsquoten blieben freilich noch bescheiden. 1913, am Ende des goldenen Zeitalters des «Gladstone-Liberalismus», schwankten sie für Frankreich, Deutschland, Grossbritannien oder den USA zwischen acht und 18 Prozent.

Die Zahlen von 1938 (zwischen 20 Prozent in den USA und 42 Prozent in Deutschland) spiegeln die Folgen der Antiglobalisierungs- und Antikapitalismuspolitiken der Zwischenkriegszeit; doch auch die Marktöffnung nach dem Krieg führte nicht etwa zu einem Rückzug, sondern zu einem Fortschreiten des Fiskalstaates. 1973 hatte die Bundesrepublik noch immer eine Staatsquote von 42 Prozent, während die USA auf 31 Prozent «aufholten». Hier ist ein klarer Sperrklinkeneffekt am Werk: in Kriegs- und Krisenzeiten bittet der Staat zur Kasse. Der Leviathan lässt sich aber nach Krieg und Krise nicht mehr auf das alte Normalniveau zurückstutzen. Der globalisierungsbedingte «Rückzug des Staates» müsste spätestens 1999 erkennbar geworden sein. Doch selbst Thatcher und Reagan haben die Staatsquoten nicht nachhaltig senken können. In Deutschland und Frankreich ist der Staatseinfluss selbst gegenüber Zeiten der Globalsteuerungs- und Wohlfahrtsstaatseuphorie (der 70er Jahre) unbeirrt weiter gestiegen.

Die ersten Globalisierungsgegner waren kriegslüsterne Kaiser und Könige, später rückten Faschisten und Kommunisten nach.

Von einem Rückzug des Staates kann also zumindest im Westen (wo man am meisten davon spricht) keine Rede sein. Doch bieten globale Kapitalmärkte den Bürgern weltweite Rückzugsgelegenheiten. Auch das ist im Grunde nichts Neues. So wusste schon Adam Smith («Wohlstand der Nationen», 1776, V, 2), dass der Kapitalbesitzer *«gleichsam als Weltbürger nicht an ein einzelnes Land gebunden»* werde, sondern in der Lage sei, das Land zu verlassen, *«das ihn lästigen Nachforschungen aussetzt, um ihn zu einer drückenden Steuer heranzuziehen, und er würde sein Vermögen in irgendein anderes Land bringen, wo er entweder sein Geschäft ungestört betreiben oder sein Vermögen unbehelligt nutzen könnte».* Der Bourgeois, der Besitzer mobiler Produktivkräfte, ist «Weltbürger», Handel überwindet mit Leichtigkeit nationalstaatliche, sprachliche und kulturelle Barrieren. Schliesslich – auch das ein Aspekt des kollektivistischen Globalisierungsmythos – treiben nicht Länder Handel, sondern Individuen.

Der Citoyen, der Besitzer politischer Mitbestimmungsrechte, ist dagegen an seine Jurisdiktionsscholle gebunden. Das ist wohl das eigentliche Ärgernis für diskursive Kollektivisten (wie etwa Jürgen Habermas, «Der europäische Nationalstaat unter dem Druck der Globalisierung», Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1999). Märkte und ökonomische Transaktionen können sich bequem und ungeplant ins Globale ausdehnen, Diskurse und politische Interventionen nicht. Der relevante Markt erzeugt sich selbst und spontan aus freiwillig nutzbaren Tauschgewinnen. Das relevante Herrschaftsgebiet kollektiver Erzwingung muss vorab im Hinblick auf Staatsgebiet und Staatsvolk eingegrenzt werden.

Da man den mobilen Kapitalisten zwar gerne beschimpft, aber noch lieber besteuert, läuft ihm das Finanzamt teils hinterher, teils entgegen. Diese Entwicklung widerspricht nur scheinbar der Beobachtung wachsender oder rigider Staatsquoten (also dem Verhältnis von Staatsausgaben zum Sozialprodukt). In den USA stützen Steuersenkungen oft genug das Wachstum, aus dem wiederum Staatsausgaben finanziert werden können. Gleiches gilt für Irland, wo zudem die Halbierung der Körperschaftssteuersätze zu einer Vervielfachung der Steuereinnahmen führte. Das irische Abwerben von Unternehmen missfällt vielen konkurrierenden Kämmerern, die nun auf «Harmonisierung» drängen. In Deutschland bewirken die derzeit vorgenommenen kleineren Steuersenkungen lediglich grössere Löcher im Budget. Die Staatsausgaben werden durch Verschuldung finanziert; zusätzlich hält Stagnation die Staatsquote hoch.

So kann selbst ein «Exportweltmeister» wie Deutschland zu den momentanen Verlierern der Globalisierung gehören. Schuld daran sind aber nicht die Märkte der Welt, sondern die Politik zuhause. Die beste Globalisierungspolitik ist, wie schon Röpke wusste, eine liberale heimische Ordnungspolitik (siehe Wilhelm Röpke, «Internationale Ordnung», Zürich: Rentsch, 1945). Globalisierungsgegner sind typischerweise diejenigen, die eine liberale Ordnungspolitik ablehnen. Ihr soziales Gewissen stützt sich auf den blinden Glauben an den politisch äusserst erfolgreich

kommunizierten Globalisierungsmythos, der behauptet, «die Schere zwischen reich und arm» gehe immer weiter auseinander.

Die These des sozialen *global cooling* wird jedoch von globalen Daten eindeutig widerlegt. Global geht es den Armen immer besser. Nach Zahlen des Entwicklungsprogramms der Uno (UNDP) stieg ihre Lebenserwartung von 1950 bis 1998 von 41 auf 65 Jahre, die Säuglingssterblichkeit der Armen sank seit 1950 um einen Drittel, der Anteil der Unterernährten an der Bevölkerung der Entwicklungsländer hat sich halbiert. Viele ehemalige Entwicklungsländer haben sich in den 80er Jahren aus der Armut herausentwickelt (etwa die berühmten asiatischen «Tigerstaaten» oder Chile).

Absolute Verbesserungen werden aber «Scheren»-Denker nicht beeindrucken, solange die Reichen stärker davon profitieren als die Armen. Im kollektivistischen Verteilungskampf gilt der kategorische Komparativ. Doch auch dieser Globalisierungsmythos beruht auf selektiv-anekdotischer Einzelfallevidenz. Insgesamt zeigt sich, dass Entwicklungsländer deutlich schneller wachsen als reiche Staaten, *wenn* sie sich in die globale Arbeitsteilung eingliedern. Die neuen «Globalisierer» (wie China, Indien, aber auch Ungarn oder Uruguay) sind massiv erfolgreich, wie die Tabelle zum durchschnittlichen Wachstum des realen Sozialprodukts (pro Kopf, bevölkerungsgewichtet) zeigt.

Eine Schere schliesst sich – zwischen sklerotischen Wohlfahrtsstaaten und sich liberalisierenden und globalisierenden Schwellenländern. Eine andere Schere weitet sich – zwischen liberalen Industriestaaten und despotischen Vampirstaaten (vor allem in weiten Teilen Afrikas). All dies hat mehr mit Politik als mit Wirtschaft zu tun.

Die Politik pflegt noch weitere Globalisierungsmythen. Früher haben Regierungen reicher Länder eine sogenannte «dritte Welt» hinter Handelsbarrieren gehalten und deren Regierungen für Planwirtschaft und Exportverzicht mit «Entwicklungshilfe» belohnt. Heute, da viele Entwicklungsländer sich tatsächlich entwickeln – nämlich zu Konkurrenten auf den Weltmärkten – ist man im Westen besorgt. Auch WTO und Weltbank stören den alten *deal:* Handelsbarrieren für Güter aus Entwicklungs- und Schwellenländern mit komparativem Kostenvorteil (im Agrarbereich, im Textilbereich und im Lower-Tech-Bereich) könnten abgebaut und kleptomanische Regime nicht mehr alimentiert werden.

Gleichzeitig bieten internationale Organisationen aber auch zunehmend Gelegenheiten für einen neuen Protektionismus, der mit der Rhetorik des Gutmenschen und der Absicht des Erpressers daherkommt: internationale Sozial-, Steuer-, Umwelt-, Gesundheitsstandards als Bedingungen für Handelsabkommen. Das tönt nach Schutz der Schwachen und sozialer Harmonie(sierung). Es bedeutet aber Schutz der Reichen und neue Handelskonflikte. Das Motiv ist schlicht: *«raising rivals' costs».* Wenn ärmere Staaten zu kostentreibenden Konditionen, ähnlich denen in reicheren Staaten, produzieren müssen, um exportieren zu dürfen, sind ihre Kostenvorteile und Entwicklungschancen wieder auf ein Mass reduziert, das den Wohlfahrtsstaaten genehm ist.

Selbst Thatcher und Reagan haben die Staatsquoten nicht nachhaltig senken können.

Alten und neuen Protektionismus kombiniert beispielsweise die Zuckerpolitik der EU in perfider Perfektion. Nirgends auf der Welt wird Zucker so teuer produziert wie hier. Und doch ist die EU der weltgrösste Exporteur von Zukker. Würde sie ihn nicht zu durch Steuermittel

Durchschnittliches Wachstum des realen Sozialprodukts, pro Kopf

	1960er	1970er	1980er	1990er
Reiche Länder (OECD + Chile, Korea, Hong Kong, Singapur)	4,4 %	3,1 %	2,3 %	2,2 %
In den 1980ern «globalisierende» Entwicklungsländer	1,4%	2,9%	3,5 %	5,0 %
Nicht «globalisierende» Entwicklungsländer	2,4 %	3,3 %	0,8 %	1,4 %

gedrückten Preisen über die halbe Welt streuen, wäre der Weltmarktpreis etwa 40 Prozent höher und könnte auch armen Zuckerbauern ein Auskommen ermöglichen. Die von Globalisierungsgegnern verachtete WTO hat nun Klagen von Brasilien und anderen Entwicklungsländern recht gegeben. Deutscher Bauernverband, Zukkerwirtschaft und Nahrungsgewerkschaft haben derweil ein «Aktionsbündnis» geschlossen, um auf «existenzgefährdende Folgen» einer Reform aufmerksam zu machen. Mit der Öffnung des Marktes für «Billigzucker» aus Brasilien leiste die EU der «Sklavenarbeit» Vorschub (FAZ vom 11.11.2004). Wie viele Menschen verhungern aufgrund derart verlogener europäischer Handelspolitik? Nach Berechnungen des Centre for the New Europe sind es über 6'000 Menschen – täglich (http://www.cne.org).

Abschliessend sei noch das letzte Mantra der Globalisierungskritik unter die Lupe genommen: «Weltweite Märkte müssen durch weltweite Politik gezähmt werden.» Der Weltmarkt, so wird argumentiert, sei schliesslich nur deshalb so mass- und schrankenlos, weil ihm kein Weltstaat «auf Augenhöhe» begegne. Ein globaler Wohlfahrts- oder Lenkungsstaat ist nun keine sonderlich realistische Perspektive. Doch selbst als Vision ist er rundweg abzulehnen. Auch im günstigsten Fall – wenn die hier vorgebrachten Thesen zu wohltätigen Weltmärkten und verlogener Politik völlig falsch wären – könnte internationale Wirtschaftsplanung nur zu mehr Zwang und Elend führen.

Dies hat Friedrich A. v. Hayek schon 1944 in seinem «Weg zur Knechtschaft» (Kap. XV) klar erkannt: *«Die Probleme der bewussten Lenkung des nationalen Wirtschaftsprozesses nehmen notgedrungen ein noch grösseres Ausmass an, wenn dasselbe auf internationaler Grundlage versucht wird. Der Gegensatz zwischen Planung und Freiheit kann, je uneinheitlicher der Standard und der Wertmassstab bei denen wird, die einem Einheitsplan gehorchen werden, sich nur um so mehr verschärfen […] mit zunehmender Grösse verringert sich die Übereinstimmung über die Reihenfolge der Ziele, womit die Notwendigkeit wächst, sich auf Macht und Zwang zu stützen.»*

Übereinstimmung liesse sich bestenfalls darüber erreichen, welche schädlichen Akte nationalen Regierungshandelns man international ächten möchte. Frieden und Freiheit sind die beiden grossen «negativen» Werte, deren Universalisierbarkeit mit einer weitgehenden «Globalisierbarkeit» einhergehen kann. Wenn sich Regierungen im Rahmen militär- und handelspolitischer Abrüstungsverhandlungen gegenseitig auf den Verzicht gemeinwohlschädlicher Massnahmen einigen könnten, wäre viel gewonnen. Statt eines Weltstaates bedürfte es lediglich einer Instanz, die diese vereinbarten Verbote ungerechten Regierungshandelns auch durchsetzen könnte. Auch dies wird aber eine weitere Utopie bleiben müssen. Materielle Gerechtigkeitsideale, perfider Protektionismus und der Neid des kategorischen Komparativs dominieren nach wie vor die Agenden der Weltpolitik. Damit lässt sich kein Weltstaat machen. Die Weltwirtschaft freilich kann darunter leiden, solange die Globalisierungsmythen nicht entzaubert werden.

MICHAEL WOHLGEMUTH, geboren 1965, ist geschäftsführender Forschungsreferent am Walter Eucken Institut, Freiburg i.Br. und Vertretungsprofessor an der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erfurt. Seine Forschungsschwerpunkte sind Ordnungsökonomik, Public Choice und österreichische Wirtschaftspolitik.

oben: «Unter dem Moosbett», Mischtechnik, 2001, 28x28 cm
unten: «Im Gehölz», Mischtechnik, 2002, 28x28 cm